



Von der Maßnahme- zur Personenorientierung: Die „Entwicklungsinitiative: Neue Förderstrukturen für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“

Gabriele Schünemann, Joachim Winter

Berufsbildungspolitischer Kontext der Entwicklungsinitiative

Die Berufsbildung stand und steht ständig vor der Herausforderung, gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Veränderungen aufzugreifen.

Für die berufliche Förderung benachteiligter Jugendlicher „werden finanzielle und personelle Ressourcen in großem Umfang eingesetzt. Aber noch immer werden von den vielfältigen Angeboten nicht alle förderbedürftigen Jugendlichen erreicht. Noch sind die Erfolge der Förderung in Bezug auf berufliche Abschlüsse nicht zufriedenstellend. Die Vielzahl der Fördermaßnahmen selbst stellt ein Problem dar. Man spricht von einem Förder„dschungel“, bei dem Transparenz und Passgenauigkeit auf der Strecke bleiben. Als Fazit lässt sich feststellen, dass es in der Benachteiligtenförderung nicht an Mitteln und Maßnahmen fehlt, sondern an einer strukturellen Konsolidierung, die zu einem Fördersystem führt, das diesen Namen verdient.“¹

Eine neue Förderstruktur soll mehr Transparenz und Effizienz im System der beruflichen Integration Jugendlicher und junger Erwachsener mit Förderbedarf herstellen. In diesem Kontext sollen eine größere Reichweite der Förderung, mehr erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse und bessere Integrationsleistungen erreicht werden – insbesondere bezogen auf die betriebliche Berufsausbildung und eine spätere betriebliche Beschäftigung.

Mit dem Rahmenkonzept der „Entwicklungsinitiative: Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“ wird vor allem ein Paradigmenwechsel angestrebt: weg von einer Maßnahmeorientierung hin zu einer Personenorientierung.

Die – vom Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in enger Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung konzipierte – „Entwicklungsinitiative: Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“ (<http://www.neuefoerderstruktur.de>) greift Beschlüsse des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit auf. Sie soll – als Teilprojekt des BMBF-Programms „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ – einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Benachteiligtenförderung leisten.



Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

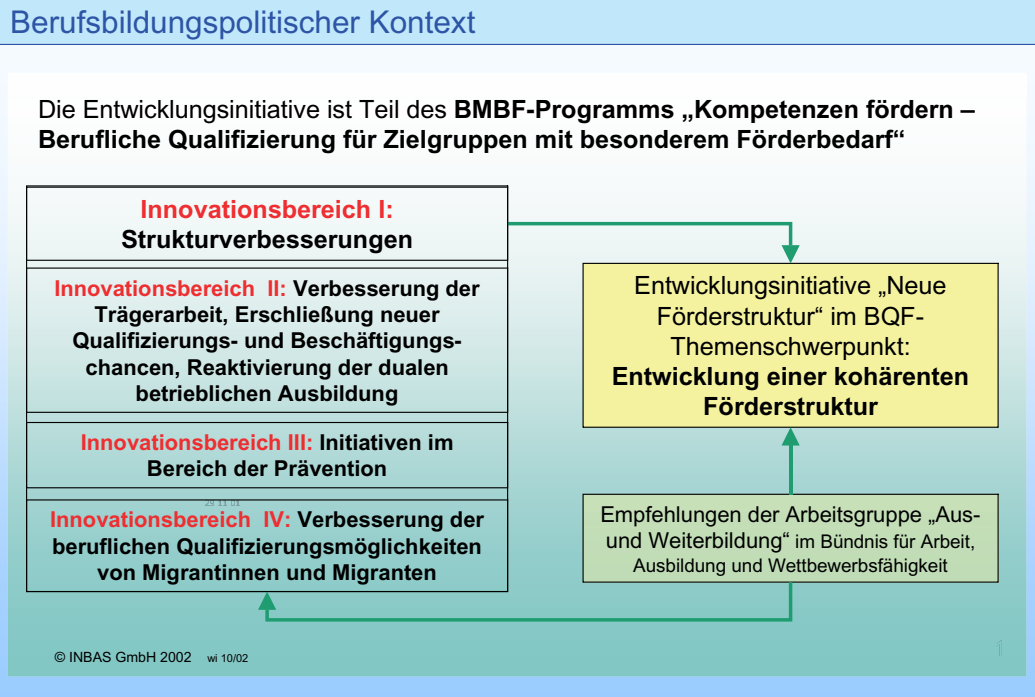


Abbildung 1: Berufsbildungspolitischer Kontext

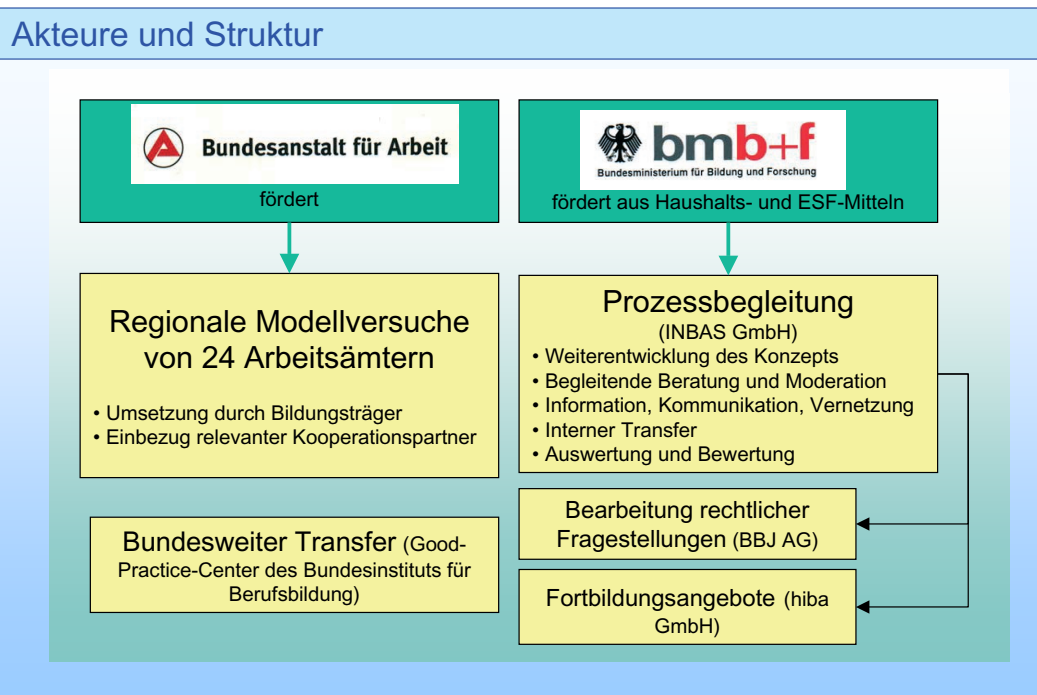
Die „Entwicklungsinitiative: Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“ ist im Innovationsbereich I – Strukturverbesserung – angesiedelt. Um eine möglichst breite Wirkung dieser neuen Struktur und damit eine Strukturverbesserung zu erzielen, ist eine intensive Zusammenarbeit aller an der Benachteiligtenförderung vor Ort beteiligten Akteure erforderlich.



Akteure und Struktur

Die Umsetzung von 24 regionalen Modellversuchen wird von der Bundesanstalt für Arbeit aus Mitteln der Berufsvorbereitung gefördert. Der Einsatz und die Verteilung dieser Mittel auf der Ebene der regionalen Modellversuche werden durch die Berufsberatung des jeweiligen Arbeitsamts entschieden. Dabei ist die Entwicklung eines passfähigen Finanzkonzepts ebenfalls ein Ziel des Modellversuchs.

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



© INBAS GmbH 2002 wi 10/02

2

Abbildung 2: Akteure und Struktur

Die von INBAS GmbH durchgeführte Prozessbegleitung wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung aus Haushaltsmitteln und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Als Kooperationspartner wirken das Heidelberger Institut für Beruf und Arbeit (hiba GmbH); die BBJ Aktiengesellschaft sowie das Good-Practice-Center im Bundesinstitut für Berufsbildung mit.



Modellregionen

Die „Entwicklungsinitiative: Neue Förderstrukturen für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“ ist eine bundesweite Modellversuchsreihe. Zurzeit wird das von INBAS entwickelte Rahmenkonzept an 24 Standorten auf regionaler Ebene erprobt.

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für
Jugendliche mit besonderem
Förderbedarf

Modellregionen



© INBAS GmbH 2002 w1 10/02

Abbildung 3: Modellregionen

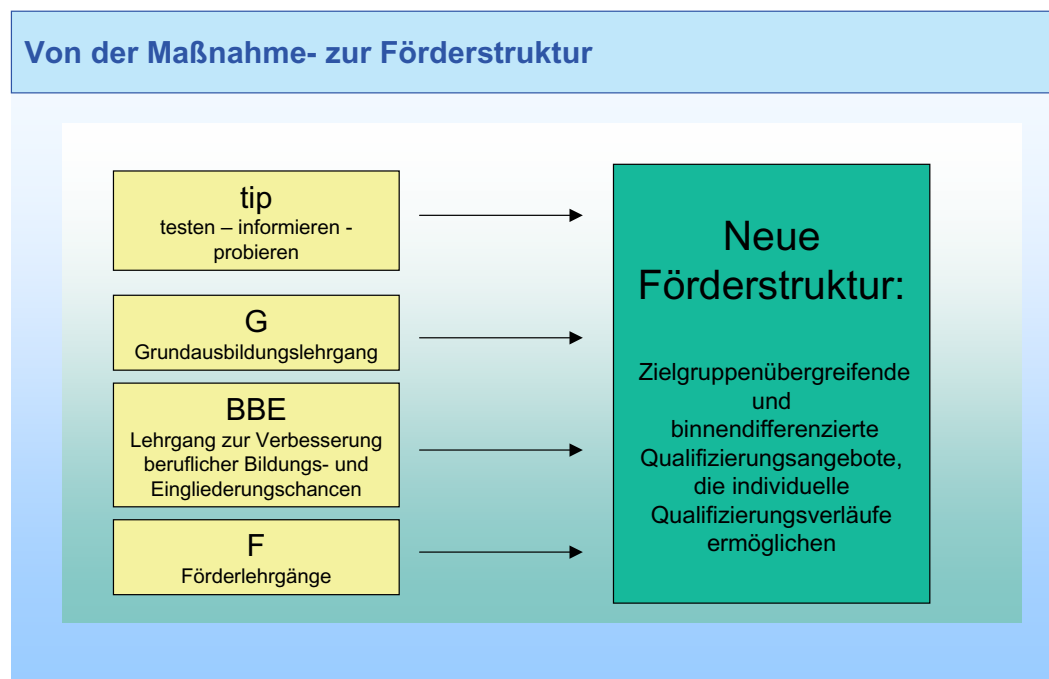


Von der Maßnahme- zur Förderstruktur

Schwerpunkt der Entwicklungsinitiative ist es, die bisherigen Strukturen der Ausbildungsvorbereitung in Richtung eines transparenteren und effizienten Fördersystems zu verändern. Die existierenden berufsvorbereitenden Bildungsangebote der Bundesanstalt für Arbeit sind durch eine Maßnahmenstruktur gekennzeichnet, in der jeweils unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden.

Die „Entwicklungsinitiative: Neue Förderstruktur ...“ verfolgt das Ziel, diese Maßnahmenstruktur in ein integriertes Fördersystem zu überführen, welches individuelle Qualifizierungsverläufe ermöglicht und fördert.

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



© INBAS GmbH 2002 wi 10/02

4

Abbildung 4: Von der Maßnahme- zur Förderstruktur

Zur Zielgruppe Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf gehören alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ohne Ausbildungsplatz und ohne Arbeit sind sowie für die Aufnahme einer Ausbildung vorbereitet werden müssen oder bei der beruflichen Eingliederung der Unterstützung bedürfen.



Eckpunkte des Rahmenkonzepts

Mit Blick auf die formulierten Ziele wurde ein Rahmenkonzept für die Modellversuchsreihe erarbeitet, welches durch folgende Eckpunkte gekennzeichnet ist:

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

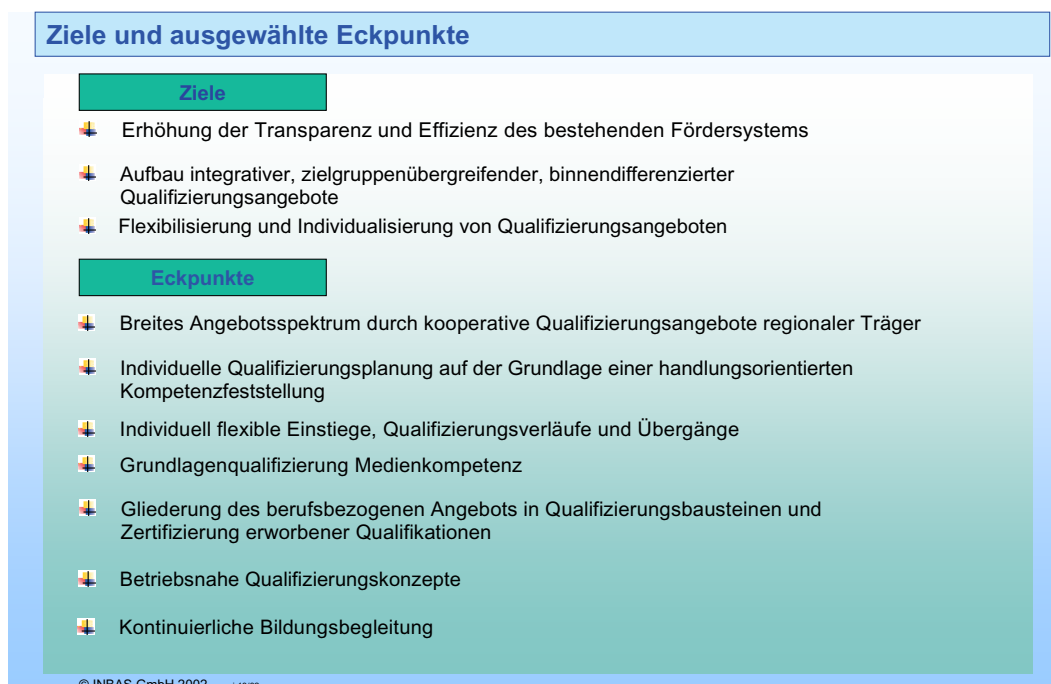


Abbildung 5: Ziele und Eckpunkte

Um eine auf die individuellen Bedürfnisse der zu fördernden Jugendlichen zugeschnittene Qualifizierung zu ermöglichen, beinhalten die Neuen Förderstrukturen folgende Strukturelemente:

I. Breites Angebotsspektrum durch kooperative Qualifizierungsangebote regionaler Träger

Ein zentrales Element für eine passgenaue, an den Wünschen der Jugendlichen orientierte Qualifizierung ist das Vorhandensein eines breiten Angebotsspektrums. Dies gilt sowohl für die angebotenen Berufsfelder, als auch für ergänzende Angebote der Ausbildungsvorbereitung. Da ein dergestalt breit angelegtes Angebotsspektrum in der Regel nicht von einem Träger alleine abgedeckt werden kann, werden an den regionalen Modellstandorten durch das Arbeitsamt Trägerverbände bzw. Konsortien gefördert, deren Angebote sich ergänzen. Obwohl die Entwicklung von Trägerverbänden im Vorfeld nicht an allen Standorten reibungslos verlief, zeichnet sich jetzt ab, dass die Abstimmung der Angebote zu gemeinsamen Standards und damit zu einer Qualitätsverbesserung der Angebote der einzelnen Träger führt.

II. Individuelle Qualifizierungsplanung auf der Grundlage einer handlungsorientierten Kompetenzfeststellung

Durch vorwiegend handlungsorientierte Methoden (z. B. das Assessmentverfahren) soll den Jugendlichen in der Orientierungsphase des Lehrgangs die Möglichkeit gegeben werden, ihren eigenen Leistungsstand sowie ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten festzustellen. Diese Eingangsdignose basiert auf dem Kompetenzansatz. Auf der Grundlage der individuellen Kompetenzfeststellung sollen durch den Bildungsträger Angebote zur Förderung der (vor)beruflichen Handlungskompetenzen der Jugendlichen entwickelt werden.



III. Individuell flexible Einstiege, Qualifizierungsverläufe und Übergänge

Die neuen Förderstrukturen setzen voraus, dass jeder qualifizierungswillige Jugendliche ohne lange Wartezeiten ein Qualifizierungsangebot erhält. Dies erfordert eine Organisationsstruktur, die flexible Einstiege in die Maßnahme (mindestens alle vier Wochen) ermöglicht. Ebenso müssen flexible Übergänge in die Erstausbildung bzw. die Übergangsqualifizierung je nach Entwicklungsstand des einzelnen gegeben sein. Diese flexiblen Übergänge erfordern u.a.:

- Abgestimmte Kriterien, wann eine Stufe erfolgreich abgeschlossen ist
- Differenzierte Qualifizierungsangebote der Träger
- Ein Umdenken der Mitarbeiter/innen, die die Jugendlichen nicht mehr über einen Lehrgangszeitraum qualifizieren, sondern in kleinen, abgeschlossenen, überprüfbaren Bausteinen und sie ggf. an andere Werkstätten weitergeben müssen.
- Eine enge Kooperation mit der Berufsschule. Hier stößt die erforderliche Flexibilität oft Grenzen: Nur wenige Schulen können mit ihren relativ starren Klassenverbänden und Strukturen eines Schuljahres auf diese flexiblen Einstiege und Übergänge reagieren. Andererseits werden an einigen Standorten derzeit Modelle gemeinsam abgestimmt, in der die Berufsschule Inhalte und Organisationsformen auf die Neue Förderstruktur zuschneidet, die Träger wiederum die Zugänge in die Berufsschule an deren Angebote anpasst.

IV. Kontinuierliche Bildungsbegleitung

Ein weiteres Element der Entwicklungsinitiative ist eine kontinuierliche Bildungsbegleitung. Sie begleitet Jugendliche über die verschiedenen Lernorte und Qualifizierungsstufen hinweg, steht ihnen während des gesamten Qualifizierungsprozesses zur Seite und sorgt dadurch bei aller geforderten Flexibilität für Kontinuität. Hier sind Berufsberatung und Bildungsträger an den Modellstandorte derzeit im Wesentlichen noch dabei, bedarfsgerechte Konzepte zu entwickeln.

V. Grundlagenqualifizierung Medienkompetenz

Der Einstieg in den Qualifizierungsprozess erfolgt für alle Jugendlichen obligatorisch mit einem Bildungsangebot zur Förderung der Medienkompetenz. Dabei sollen grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit Computer und Standard-Software vermittelt werden, in die Nutzung des Internets und die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechniken eingeführt werden.



VI. Gliederung des berufsbezogenen Angebots in Qualifizierungsbausteine und Zertifizierung erworbener Qualifikationen

Die individuellen Qualifizierungswege erfordern transparente und binnendifferenzierte Angebote. Voraussetzung hierfür ist die Gliederung des berufsbezogenen Angebotes der Ausbildungsvorbereitung in Qualifizierungsbausteine. Im Wesentlichen beschreiben diese Bausteine in sich abgeschlossene Teilqualifikationen, die sich an Ausbildungsrahmenplänen orientieren. Diese Bausteine sind besonders in der Übergangszertifizierung auch Grundlage für die Zertifizierung von Qualifikationen und ihrer individuellen Anrechnung auf die Erstausbildung.

Qualifizierungsbausteine spielen in diesem Kontext eine wichtige Rolle. Ihre verschiedenen Funktionen sind in der folgenden Abbildung dargestellt.

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

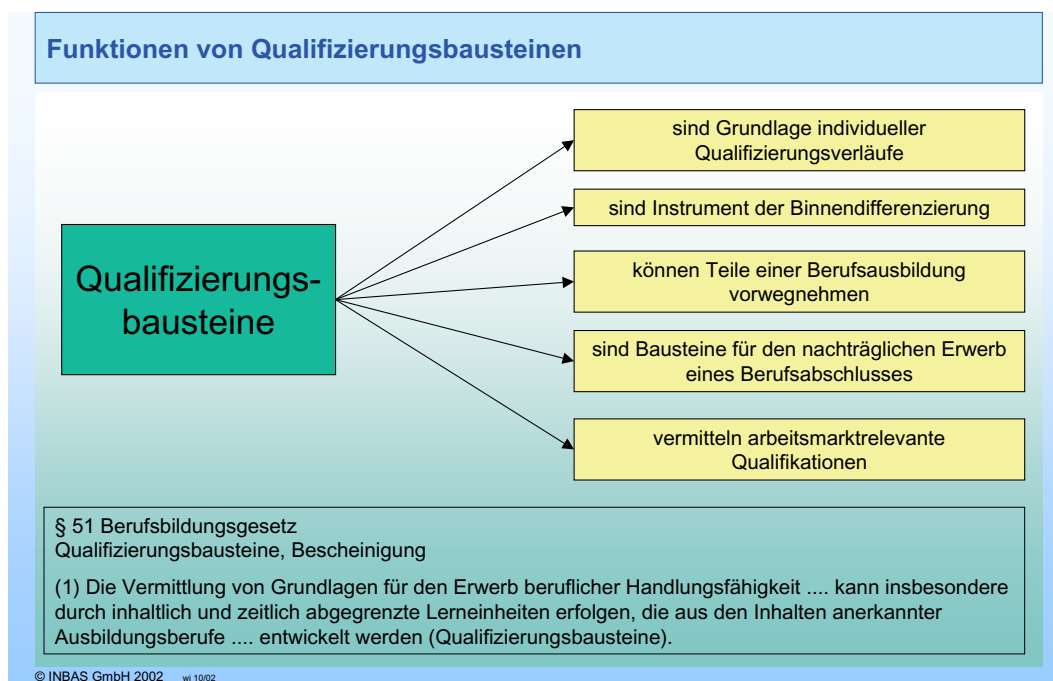
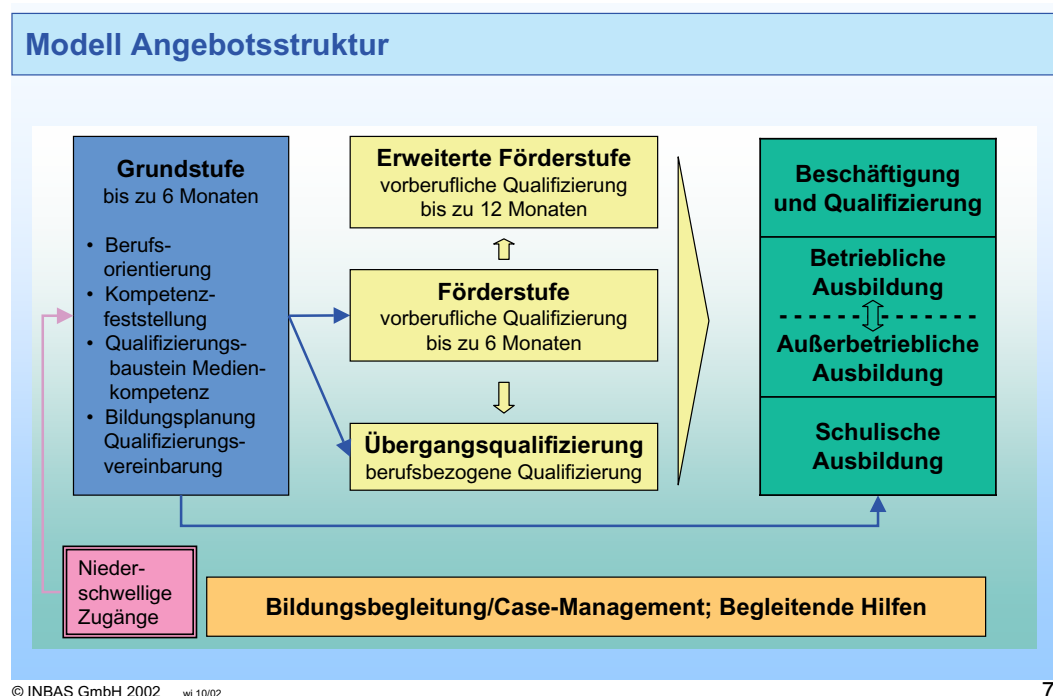


Abbildung 6: Funktionen von Qualifizierungsbausteinen



Modell einer Angebotsstruktur

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



© INBAS GmbH 2002 wi 10/02

7

Abbildung 7: Modell Angebotsstruktur

Der Eintritt in die Neue Förderstruktur erfolgt über niederschwellige Zugänge.

Über verschiedene Anlaufstellen wie z. B. Jugend- und Sozialämter, Streetworker oder andere Beratungsstellen werden die Jugendlichen koordiniert angesprochen. Die Federführung der Koordination und die Zuweisung in das Förderangebot liegen nach wie vor bei der Berufsberatung.

Voraussetzung für die Ausbildungsvorbereitung in der Grundstufe ist ein handlungsorientiertes Kompetenzfeststellungsverfahren. Dies durchläuft jede/r Jugendliche mit dem Ziel einer realistischen Einschätzung von Berufswunsch und persönlichen Stärken. Die Ergebnisse der Kompetenzfeststellung fließen in eine Qualifizierungsvereinbarung ein, die Träger und Berufsberatung gemeinsam mit dem/der Jugendlichen erstellen und fortschreiben. Ebenfalls obligatorisch in der Grundstufe ist eine Berufsorientierung in einem oder auch in mehreren Berufsfeldern sowie ein Grundbaustein Medienkompetenz.

Die Grundstufe (mit einer Dauer von bis zu sechs Monaten) ist dann abgeschlossen, wenn der/die Jugendliche eine Berufsentscheidung getroffen hat, diese in der Werkstatt und möglichst in einem Schnupperpraktikum im Betrieb vertieft hat und über die entsprechenden sozialen und personalen Kompetenzen für die Aufnahme einer Ausbildung verfügt.

Sollte die Ausbildungsreife nach sechsmonatiger Förderung noch nicht erreicht sein, ist eine weitere vorbereitende Qualifizierung in der Förderstufe vorgesehen. Diese kann eine Dauer von bis zu weiteren sechs Monaten haben. Eine Verlängerung ist in Einzelfällen bis zu 18 Monaten in der erweiterten Förderstufe möglich.

Wenn die Ausbildungsreife vorhanden, jedoch aus formalen Gründen eine Ausbildungsaufnahme noch nicht möglich ist, geht der/die Jugendliche in die Übergangsqualifizierung. Hier werden vor allem Qualifikationen des gewählten Ausbildungsberufs vermittelt (und zertifiziert).

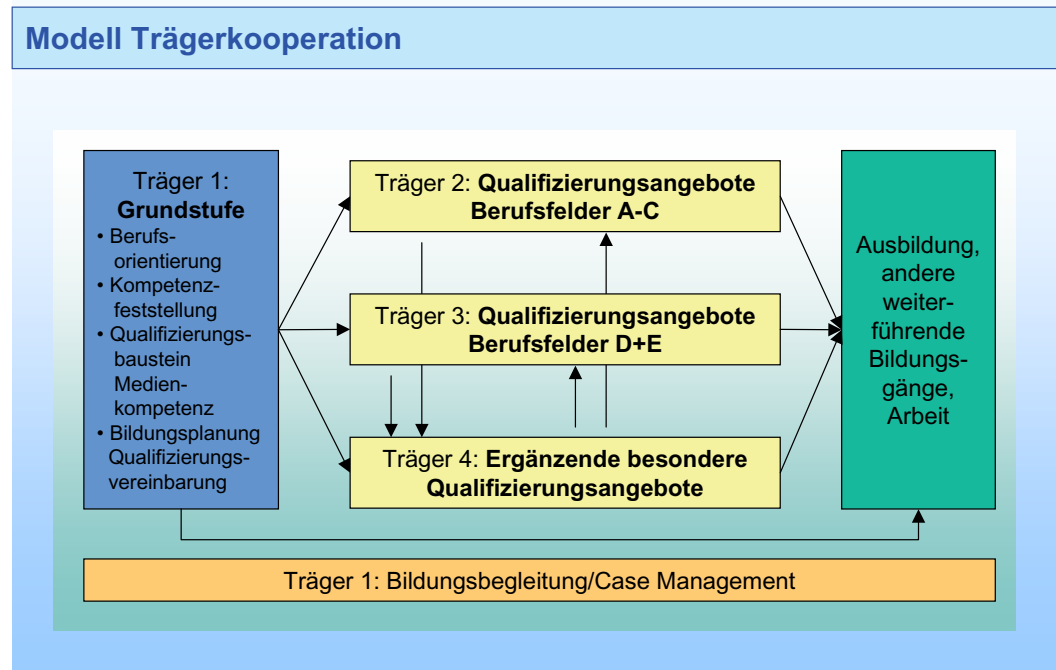
Die maximale Förderung in der Ausbildungsvorbereitung kann 24 Monate betragen. Die Erfahrungen der Prozessbegleitung zeigen aber schon jetzt, dass sich die Aufenthaltsdauer der Teilnehmer/innen eher verkürzt; einzelne Jugendliche sind schon direkt nach der Kompetenzfeststellung in die Ausbildung übergegangen.



Modell einer Trägerkooperation und Organisation der Zusammenarbeit

Um das Angebot in der beschriebenen Struktur umsetzen zu können, bedarf es der Kooperation und damit eines abgestimmten Handelns. Ein exemplarisches Modell einer Trägerkooperation zur Umsetzung dieses Angebots zeigt die folgende Abbildung.

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



© INBAS GmbH 2002 wi 10/02

8

Abbildung 8: Modell Trägerkooperation

Die Organisation der Zusammenarbeit, ihre formale Struktur sowie ihre vertraglichen Grundlagen variieren in den 24 Modellregionen erheblich.

Ausgewählte Organisationsmodelle zeigt die folgende Abbildung.



Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



Organisation der Zusammenarbeit und Vertragsformen

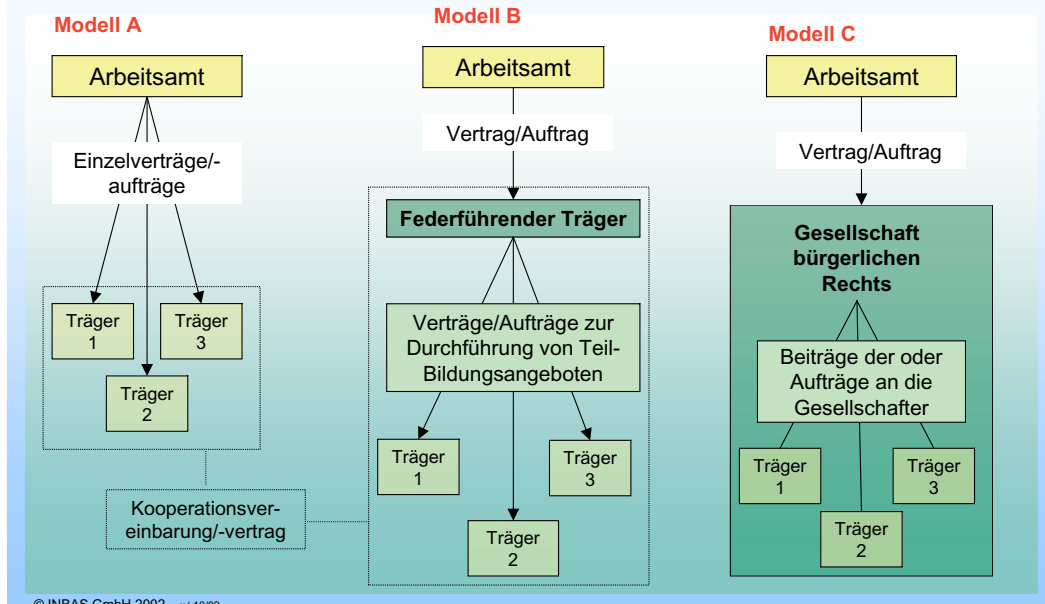


Abbildung 9: Organisation der Zusammenarbeit und Vertragsformen



Probleme und Handlungsbedarf – ausgewählte Thesen

Für eine gelungene Transformation der bisherigen Angebote der Berufsvorbereitung und Ausbildungsförderung in die Neuen Förderstrukturen müssen auf der strukturellen und rechtlichen Ebene noch einige Hürden überwunden werden. Die folgende Abbildung benennt in Stichworten bestehende Problemfelder und Handlungsbedarfe:

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



Probleme - Handlungsbedarf

- ✚ Mangelnde Flexibilität der rechtlichen Grundlagen
- ✚ Regionale Trägerkonkurrenzen
- ✚ Finanzierung übergreifender Aufgaben (Assessment, Bildungsbegleitung)
- ✚ Regionale Koordination der Förderstrukturen
- ✚ Handlungs- und Entscheidungsspielräume der beteiligten Ämter
- ✚ Offene rechtliche Fragestellungen
- ✚ Kompatibilität von Finanzierungsinstrumenten

Abbildung 10: Probleme - Handlungsbedarf



Abschließend werden sechs Thesen formuliert, die bestehende Probleme aufgreifen und Handlungsoptionen anreißen.

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



Thesen 1-3

1 Qualifizierungssysteme, die flexible individuelle Förder- und Qualifizierungskonzepte umsetzen sollen, bedürfen flexibler und unkomplizierter Rechts-, Finanzierungs- und Verwaltungsgrundlagen. In dieser Hinsicht besteht erheblicher Handlungs- und Veränderungsbedarf.

2 Eine Rückverlagerung fachpraktischer Ausbildungsteile in Betriebe ist zwar erklärtes Ziel der Berufsbildungspolitik, steht jedoch im Widerspruch zur aktuellen Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt.

3 Differenzierte, weit gefächerte und flexible Qualifizierungsangebote erfordern eine Kooperation der Akteure auf verschiedenen Ebenen. Zunehmend wird versucht, kooperative Strukturen zu verpflichtenden Bestandteilen von Förder- und Modellprogrammen zu machen. Einem solchen Ansatz steht jedoch auf der Trägerebene ein Vergabesystem der Bundesanstalt für Arbeit gegenüber, welches auf Markt und Konkurrenz setzt und damit kontraproduktiv wirkt. Auch auf anderen Ebenen dominieren konkurrenztüchtige und abgrenzende Strukturen, eine Kultur der Kooperation fehlt weitgehend.

© INBAS GmbH 2002 wi 10/02

11

Abbildung 11:Thesen 1-3

Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



Thesen 4+5

4 Förderkonzepte der vorberuflichen und beruflichen Bildung bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen

- individuellen Bedürfnissen, Potenzialen und Kompetenzen
- Finanzierungs- und Maßnahmestrukturen sowie
- Anforderungen des (regionalen) Arbeitsmarkts.

5 Die Integrationsförderung für Jugendliche mit Förderbedarf verfolgt i. d. R. einen individuellen Ansatz. Selbst wenn wir benachteiligte Jugendliche bestmöglich vorbereiten und qualifizieren, erhöhen wir damit ausschließlich ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt.

Ohne angemessene Perspektiven jenseits der ersten und zweiten Schwelle kann ein solcher Ansatz nur sehr begrenzt wirken. Hier bedarf es grundlegender berufsbildungs- und arbeitsmarktpolitischer Entscheidungen.

© INBAS GmbH 2002 wi 10/02

12

Abbildung 12:Thesen 4-5



Entwicklungsinitiative:
Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



These 6

6 Eine wirkungsvolle und nachhaltige Förderung und Integration Jugendlicher mit Förderbedarf ist nicht von einem Teilbereich des Bildungssystems allein zu leisten.

Es bedarf vielmehr eines abgestimmten Konzepts im System der allgemeinen und beruflichen Bildung, welches – beziehend auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse – neue Ziele, Aufgaben und Verantwortlichkeiten definiert.

© INBAS GmbH 2002 wi 10/02

13

Abbildung 13:These 6

Weitere Informationen – Kontakt

Weitere Informationen zur Entwicklungsinitiative, zu den Modellregionen, den beteiligten Akteuren stehen zur Verfügung unter: www.neuefoerderstruktur.de.

Autor(inn)en des Beitrags:

Gabriele Schünemann

Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – INBAS GmbH

Büro Nord

Tel.: 0 40/85 50 64-91

E-Mail: schuenemann@inbas.com

Joachim Winter

Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – INBAS GmbH

Büro Niedersachsen

Tel.: 0 50 31/91 27-04

E-Mail: winter@inbas.com

Endnoten

- 1 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Kompetenz fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf. Bonn 2002, S. 7).